

\*\*\*\*\*

**Liebe Leserinnen und Leser,**

(bisher) ohne Feier ist Ende Juni der **40. Geburtstag des BBU** verstrichen. Immer noch aktuell sind allerdings die BBU-Geburtstagswünsche:

Zu seinem 40. Geburtstag wünscht sich der BBU neue Mitglieder (Initiativen, Verbände und Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen zum Schutz der Umwelt einbringen. Außerdem würde sich der BBU über kleine und große Spenden freuen, die dazu beitragen würden, die wichtige Umweltschutzarbeit des BBU auch zukünftig zu gewährleisten.

**Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666. Stichwort: 40. Geburtstag.**

Aus der BBU-Geburtstags-Pressemitteilung vom 22.06.2012.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/22.06.12.html>

Und so wie es aussieht, muss sich der BBU mit all seinen angeschlossenen Mitgliedsinitiativen wohl noch mindestens weitere 40 Jahre für den Umweltschutz engagieren. Und selbst in den vielbeschworenen „Sommerferien“ gibt es für aktive UmweltschützerInnen keine Langeweile: Bei Köln findet derzeit ein Klimacamp statt, <http://www.klimacamp.ausgeco2hlt.de/>, im Münsterland wurde in der letzten Woche erfolgreich ein Uranmüllzug ausgebremst <http://www.robinwood.de/Newsdetails.13+M5af83629821.0.html> und auch der Protest gegen den grenzüberschreitenden Fluglärm geht weiter <http://www.buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de>. Zudem wird in diesen Tagen in Japan sowie weltweit, und auch in der Bundesrepublik, an die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki erinnert: <http://www.friedenskooperative.de>. Auch 67 Jahre nach den Atombombenabwürfen ist und bleibt es absolut wichtig, sich für die Abschaffung aller Atomwaffen und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen zu engagieren. In diesem Sinne wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion noch viele sonnige und engagierte Sommertage!

**atomwaffenfrei.**  
 **jetzt**

## 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### BBU-Facebookseite

Bürgerinitiativen, die Informationen für die BBU-Facebookseite haben, können diese senden an [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). Die BBU-Facebook-Seite findet man im Internet unter <https://www.facebook.com/BBU72>.

### BBU-Pressearbeit I

Bürgerinitiativen, die gemeinsam mit dem BBU als Dachverband Pressemitteilungen veröffentlichen möchten, können sich zur Absprache beim BBU-Pressereferenten Udo Buchholz unter 02562-23125 melden – oder per E-Mail über [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de)

### BBU-Pressearbeit II

Seit dem Erscheinen des letzten BBU-Newsletter sind rund 25 neue BBU-Pressemitteilungen erschienen. Aus Platzgründen können wir hier nur einige thematisch anreißen:

28.06.2012: **Scharfer Protest des BBU gegen das Gesetz zur Kohlendioxid-Endlagerung (CCS-Gesetz)**, <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/28.06.12.html>

05.07.2012: **NRW-Landesregierung bricht Vereinbarungen zum Fracking-Gutachten - Sitzungen des Begleitenden Arbeitskreises werden zur Farce**, <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/05.07.12.html>

11.07.2012: **BBU lehnt Netzentwicklungsplan 2012 (Strom) ab**, <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/11.07.12.html>

18.07.2012: **AKW-Katastrophenschutzpläne werden vor 10 Mio. BürgerInnen verheimlicht! / 59 Landkreise im Umkreis von 100 km um die Atomkraftwerke Grohnde und Lingen sollten ihre vorhandenen Katastrophenschutzpläne auslegen!** <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/18.07.12.html>

24.07.2012: **Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gratuliert seinem Vorstandsmitglied Jürgen Rochlitz zum 75. Geburtstag,**  
<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/24.07.12.html>

27.07.2012: **BBU: Fristgerecht gegen die CO-Pipeline Einsprüche erheben!**  
<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/27.07.12.html>

01.08.2012: **24-stündige Protestaktion vor der Urananreicherungsanlage (UAA) wurde eigenständig beendet,**  
<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/01.081.12.html>

Die Übersicht aller aktuellen BBU-Pressemitteilungen findet man hier: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

## 2. Themenbereiche

### Atomindustrie

#### Atom Müllpolitik – Verschwinden lassen und vergessen

##### Die Sommerausgabe der Gorleben Rundschau ist da

Der Schriftsteller Andreas Maier, dessen Zeit-Artikel „Die Legende vom Salzstock“ unvergessen ist, setzt sich mit der Atom Müllpolitik auseinander "Manches sieht man nicht, und man soll es auch nicht sehen. Wir versenken Dinge in den Grund, als könnte das helfen. Wir sind wie die Kinder, die sich die Augen zuhalten, damit nicht mehr vorhanden ist, was sie erschreckt." Maier bescheinigt der offiziellen Politik ein kindisches Verhalten. Die Symbolik der Atom Müll-Gegner rund um die Asse II und Gorleben hingegen, das "A" und "X", das Felder, Autos und Häuser ziert, verhindert das Vergessen. Nachzulesen ist der Aufsatz in dem Doppelheft Juli/August 2012 der Gorleben Rundschau, deren Printausgabe jetzt vorliegt.

Weiter geht es natürlich mit dem Hauptthema Gorleben: "Lesen Sie das Kleingedruckte!" fordert Wolfgang Ehmke. Er setzt sich mit dem Endlagersuchgesetz auseinander und findet, schon aus dem Gesetzentwurf für eine neue Endlagersuche werde deutlich, dass Gorleben der heimliche Favorit bleiben soll. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) ist mittendrin in dieser Debatte. Martin Donat, der neue BI-Vorsitzende, erläutert die Position der Gorleben-Gegner im Interview!

Und es steht eine weitere Japan-Reise an. Mehr als ein Jahr nach der verheerenden Atomkatastrophe in Fukushima ist erstmals wieder ein japanisches Kernkraftwerk hochgefahren worden. Der Reaktor 3 des Meilers Oi ging am Sonntag ans Netz. Doch die Anti-Atom-Bewegung in Japan erhält immer mehr Zulauf. Hunderte Demonstranten blockierten am Sonntag die Zufahrt zu dem AKW, um gegen die Wiederinbetriebnahme der Anlage zu protestieren. „Nein zum Wiederanfahren“, riefen die Demonstranten laut "Tageszeitung" vor dem Kraftwerk im Westen Japans. Bereits Samstagnacht hatten rund 650 Menschen vor der Atomanlage demonstriert. "Zustände wie in Gorleben" titelte die TAZ. Martin Donat und der BI-Sprecher Lennart Müller sind zu der Gedenkfeier am 6. August nach Hiroshima eingeladen worden. Sie werden auf den engen Zusammenhang von militärischer und "ziviler" Nutzung der Atomkraft verweisen.

Bestellungen der Printausgabe richten Sie bitte an das BI-Büro, Rosenstr.10, 29439 Lüchow, Tel. 05841/4684 oder [buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de); *Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 02.07.2012. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Infos: [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)*

#### Endlagersuchgesetz

Der anhaltende Protest im Wendland, die überzeugenden Argumente gegen Gorleben haben etwas bewirkt: Seit November 2011 wird eine Debatte über ein Endlagersuchgesetz geführt. Parteienübergreifend - unter Ausschluss der Linken – wird an einem Gesetzentwurf gefeilt, um ein Endlager für "insbesondere" hochradioaktive Abfälle zu suchen. Der Verdacht, dass diese Suche nur vorgeschoben ist, um am Ende Gorleben doch zu realisieren, erhärtet sich. Statt aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und eine umfassende öffentliche Debatte zum Atom Müll-Dilemma zu führen, wird zunächst einmal von den Verhandlungsführern aus Bundesregierung, SPD und Grünen ein Gesetzestext gestrickt. Nicht nur vorbei an den großen gesellschaftlichen Gruppen wie Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, Kirchen und Gewerkschaften, sogar vorbei am Parlament. – Dann wird behauptet, es gäbe eine weiße Landkarte und deshalb könne Gorleben nicht gestrichen werden. Zugleich konterkarieren die Kosten für das Standortauswahlverfahren die Behauptung, Gorleben sei kein Referenzstandort. Umweltminister Peter Altmaier (CDU) kann unwidersprochen sagen, dass für die übertägigen Standorterkundungen überschlägig ein Betrag von 400 Mio. Euro als abdeckend angenommen wird; bei jedem darüber hinaus untertägig zu erkundenden potentiellen Standort könnten sich die Kosten in einem Rahmen bis zu den für die Erkundung des Salzstocks Gorleben angefallenen rund 1,6 Mrd. Euro bewegen. Nach derzeitigem Stand wird daher für das Standortauswahlverfahren ein Betrag von insgesamt rund 2 Mrd. Euro angenommen

Wenn neben Gorleben nur ein weiterer Standort untertägig untersucht wird – und die Euro-Werte lassen darauf schließen, ist er faktisch der Referenzstandort, auch wenn im Gesetzentwurf das Gegenteil beteuert wird.

Hintergrundinformationen und Hinweise auf Veranstaltungen und Aktionen gibt es unter

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

*Wolfgang Ehmke (14.07.2012)*

## Atommüll ist kein Kinderspiel!

Unter diesem Motto blockierten am Samstag-Abend und am Sonntag-Morgen einige Mitglieder der Anti-Atom-Gruppe-Osnabrück, unterstützt von mitgereisten Aktiven aus dem Raum Osnabrück und Sympathisanten aus der gesamten Bundesrepublik jeweils zum Schichtwechsel die Zufahrten des sogenannten Erkundungsbergwerks Gorleben. Mit Spielen, Musik und gemütlichem Grillen wurden die Blockaden begleitet.

Ein Teilnehmer, der gerade aus Japan zurückgekommen war, konnte von seinen Eindrücken und Erfahrungen berichten. Die Blockade fand statt im Rahmen von "Gorleben 365 - Ein Jahr lang blockieren"

(<http://www.gorleben365.de/>).

Die Teilnehmer wiesen mit ihrer Aktion dringend auf die unhaltbare Situation der Atommüll-(Nicht)-Entsorgung durch langjährig verfehlte Energiepolitik der Bundesrepublik hin.

Dazu die Anti-Atom-Aktiven: "Ein sicheres Endlager ist nicht in Sicht. Und dann jetzt weiter Tatsachen zu schaffen, macht die heuchlerische Haltung der Verantwortlichen immer deutlicher. Wie will man mit einem todbringenden und krankmachenden Material umgehen, das für Millionen von Jahren absolut sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden muss? Was in einem Salzstock passiert, der trotz Warnungen von Wissenschaftlern in Betrieb genommen wurde, zeigt sich in der Asse. Diese Gefahr ist nicht fiktiv - sie ist real.

Eine Lagerung für Tausende von Generationen führt dort schon nach gerade mal einer Generation ins absolute Atommüll-Chaos."

Die Menschen aus dem Osnabrücker Land seien verängstigt, so die Gruppe: "Wie kann man denn verantworten, so etwas Gefährliches für Jahrtausende an die Menschen nach uns zu überliefern?"

Die Gruppe forderte mit ihrer Blockade gleichzeitig einen sofortigen Produktionsstopp des Atommülls. Das müsse vor der Haustür beginnen. Osnabrück liege im Evakuierungsbereich des AKW Lingen. Auch die Brennelementfabrik Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau seien massive Gefahrenquellen, nicht nur regional, sondern auch durch Belieferung der weltweiten Atomindustrie. Der erste Schritt zur Atommüll-Vermeidung sei der Stopp der Atomindustrie.

*Pressemitteilung der Anti-Atom-Gruppe-Osnabrück vom 15.07.2012*



## Großprojekte

### **Bericht vom 2. europäischen Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte in Notre Dame des Landes, Bretagne, Frankreich**

Zum 2. Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte zudem die Widerstandsgruppe ACIPA von Notre Dame des Landes aufgerufen hatte, nahmen vom 07.-11-07.12 etwa 40 Widerstandsgruppen, Kollektive und Organisationen, aus Frankreich, 15 aus Europa und darüber hinaus teil. Mehr als 8000 Menschen brachten sich in den Tagen an verschiedenen Workshops und Diskussionsrunden ein. Das Forum war reich an Informationen, Vernetzung, Perspektiven und Aktionen, sowie Austausch von Erfahrungen und Alternativen gegen den Bau von Großprojekten.

Im Vordergrund der Diskussionen stand das Herausarbeiten der Gemeinsamkeiten der Großprojekte. Die Teilnehmer und Delegationen konnten feststellen, dass die Art und Weise wie die Großprojekte geplant, verwirklicht und umgesetzt werden sollen sich überall sehr ähneln.

Bei den Großprojekten, bei denen es sich meist um große Infrastrukturmaßnahmen handelt, zum Bau von Autobahnen, Bahn-Hochgeschwindigkeitsstrecken, Flughäfen, Atommeiler, Pipelines, Bahnhöfe, Megacitys, Einkaufszentren, etc. werden die Bürger nie gefragt und in die Entscheidungen mit einbezogen.

Bei den Großprojekten profitieren immer nur einzelne aus Bau-, Immobilien-, und Finanzwirtschaft, sowie Spekulanten. Politiker und Justiz ebnen den Weg und unterstützen eine gigantische Umverteilung von Steuergeldern in die Privatwirtschaft.

Nutzen von den Großprojekten haben die Bevölkerungen gar nicht, auch haben diese Projekte eine riesige Umweltzerstörung und Versiegelung zur Folge.

Zudem fand die Diskussion um die Gestaltung der Zukunft und den ressourcengerechten Umgang mit der Natur einen großen Rahmen.

Bei dem 2. Forum nahm auch eine Delegation vom Arbeitskreis „Stuttgart21 ist überall“ mit ca. 20 Menschen aus Stuttgart teil.

Bei der Schlusserklärung einigten sich die anwesenden Gruppen auf eine Koordinierung und Solidarität der Kämpfe, die Schaffung einer europäischen Arbeitsgruppe, eine europäische Gruppe von wissenschaftlichen, technischen und rechtlichen Fachleuten und zur Bündelung von Erfahrungen und Ressourcen.

Zudem wurden folgende Aktionen und Teilnahmen beschlossen:

- Europäisches Sozialforum, 08.-11.11.12 in Florenz
- Tag dezentraler Aktionen zum 3. europäischen Tag gegen unnütze Großprojekte am 08.12.12

- Weltsozialforum März 2013 in Tunis  
- 3. Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte im Sommer 2013 in Stuttgart  
Infos unter: <http://forum-gpii-2012-ndl.blogspot.fr/>  
<http://www.stuttgart21international.wordpress.com/>  
Kontakt: [contact.forum.gpii@free.fr](mailto:contact.forum.gpii@free.fr)  
[Thomas-Puls@t-online.de](mailto:Thomas-Puls@t-online.de)  
*Thomas Puls, Stuttgart*

### **Drittes Europäisches Forum gegen unnütze Großprojekte findet 2013 in Stuttgart statt**

Vom 7. bis 11. Juli 2012 fand in Notre-Dame-des-Landes (Bei Nantes) in Frankreich das zweite europäische Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte statt.

Unter dem Motto „Convergence des luttes“ (Zusammenführen der Kämpfe) trafen sich VertreterInnen von über 40 Bewegungen und Initiativen aus ganz Europa, zusätzlich Delegierte aus Marokko, Mexiko, Kroatien, Kanada und des Weltsozialforums. Mehr als 8.000 Menschen nahmen an Diskussionen und Workshops teil.

Dieses Jahr organisierte die Widerstandsbewegung ACIPA das Forum. Die Menschen von ACIPA kämpfen seit 40 Jahren gegen die Realisierung des unnützen Großflughafens bei Notre-Dames-des-Landes.

Nächstes Jahr, 2013, wird das dritte europäische Forum gegen unnütze Großprojekte in Stuttgart stattfinden.

„Es ist für uns hier in Stuttgart ein wichtiger Schritt zur weiteren Kooperation und Solidarisierung mit den anderen Initiativen in ganz Europa. Es freut uns, dass wir hier in Stuttgart das dritte Forum gegen unnützen Großprojekte im Jahr 2013 ausrichten dürfen,“ sagt Thomas Puls vom AK Stuttgart 21 ist überall.

Bei allen unnützen Großprojekten wie Stuttgart 21, dem Großflughafen Notre-Dame-des-Landes, den Hochgeschwindigkeitsstrecken im Val de Susa, im Baskenland, in England und in Marokko werden systematisch öffentliche Gelder in private Taschen von Konzernen und Banken umverteilt. Die Projekte werden ohne Beteiligung der Bevölkerung geplant und oft mit Polizeigewalt durchgesetzt. Weder für die Bevölkerung in Stuttgart noch im Val de Susa haben solche Projekte einen Nutzen, aber immer eine massive Natur- oder Stadtzerstörung zur Folge.

„Wir kämpfen zusammen gegen Großprojekte, die eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln sind, sozial ungerecht, ökologisch zerstörerisch und gefährlich. Großprojekte, bei denen die Bevölkerung bei der Entscheidungsfindung ausgeschlossen wird. Die Projekte verschlingen Ackerland und zerstören natürliche Flächen. Sie untergraben die kulturelle Vielfalt,“ steht u.a. in der Abschlusserklärung der TeilnehmerInnen am zweiten Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte.

Kontakt: Thomas Puls 0160-54 09 382, Andrea Schmidt 0170-23 77 548

<http://forum-gpii-2012-ndl.blogspot.fr/>

<http://acipa.free.fr/>

<http://stuttgart21international.wordpress.com/>

*Pressemitteilung von „Stuttgart 21 ist überall“ vom 16. Juli 2012*

## **Gewässerschutz**

### **„Mehr Nullnutzungszonen in Nord- und Ostsee!“**

Mit einem umfangreichen Themenschwerpunkt „Meeresnaturschutz“ ist heute die Sommer-Ausgabe der maritimen Zeitschrift „WATERKANT – Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion“ erschienen. Weitere Themen sind unter anderem die geplanten Elbe- und Weservertiefungen, der Skandal um den JadeWeserPort, Atomtransporte via Seehäfen, die Fehmarnbeltquerung sowie der Streit um das „Schwarzbuch WWF“.

Im Schwerpunkt „Meeresnaturschutz“ beschreibt NABU-Experte Kim C. Detloff die Entwicklung des „Natura-2000“-Netzwerks in Nord- und Ostsee und fordert deutlich mehr Nullnutzungszonen in beiden Meeren. Fabian Ritter von der „Whale & Dolphin Conservation Society“ (WDCS) befasst sich kritisch mit dem zunehmenden Lärm in den Meeren, der Koblenzer Munitionsexperte Stefan Nehring untersucht die erheblichen „Kollateralschäden“, die Unterwasserdetonationen in Umwelt und Natur anrichten. Der Schwerpunkt wird ergänzt durch einen Beitrag über das Meereschutz-Kapitel des aktuellen Gutachtens des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) sowie durch einen Bericht vom diesjährigen Meeresschutzsymposium des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

Der Streit um die verharmlosend „Fahrrinnenanpassung“ genannten, weiteren Ausbaggerungen von Elbe und Weser beschäftigt jetzt die Justiz; darüber berichtet WATERKANT ebenso wie über das nicht endende Hickhack um die marode Kaje des künftigen Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven. Und ein weiteres Mal befasst sich das Blatt mit der Zukunft Helgolands.

Die maritime Zeitschrift WATERKANT erscheint mittlerweile im 27. Jahrgang und ist weiterhin ein nicht-kommerzielles Projekt, das von einem als gemeinnützig anerkannten Förderkreis herausgegeben wird. Redaktion und Herausgeber freuen sich über jede Bestellung (am einfachsten via Internet), weil das Projekt ohne jeden öffentlichen Zuschuss sich ausschließlich aus Spenden und Heftverkauf finanziert.

Pressemitteilung der Waterkant vom 02.07.2012. Weitere Informationen unter [www.waterkant.info](http://www.waterkant.info)

## **Kohlekraftwerke**

### **„Besser auf halbem Wege umdrehen als kläglich scheitern!“**

Groninger, Ostfriesen und Borkumer protestieren in der Provinzhauptstadt Groningen gegen das RWE Kohlekraftwerk in Eemshaven

AK- Eine kleine, aber sehr engagierte Borkumer Delegation nahm am 30.06 an einer Demonstration gegen das RWE Kohlekraftwerk im Eemshaven teil. Mit Unterstützung der Besorgten Borkumer Bürger und der AG Ems folgten die Borkumer dem Aufruf von Greenpeace/Niederlande und zahlreichen deutschen und niederländischen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden. Ursache des Protests ist das Vorgehen der Groninger Provinzregierung, RWE erneut eine naturschutzrechtliche Genehmigung für den Bau und den Betrieb des 1600 MW Kohlekraftwerks im Eemshaven zu erteilen. Und das, obwohl das höchste niederländische Verwaltungsgericht, der Raad van State, die erste Genehmigung im August letzten Jahres für null und nichtig erklärt hatte.

Nach einem Aufsehen erregenden, weil lautstarkem Trommelmarsch durch die Groninger Innenstadt fanden sich die Demonstranten auf dem zentral gelegenen Waagplein hinter der Stadtbibliothek ein. Die Redner auf der anschließenden Kundgebung fanden dort deutliche, von den Demonstranten begeistert aufgenommene Worte an die Adressen von Provinzregierung und RWE. Einig war man sich darüber, dass die Errichtung eines solchen Kraftwerks am Rande des UNESCO Weltnaturerbes „Wattenmeer“ nicht nur eine massive ökologische Bedrohung, sondern auch eine ökonomische Fehlleistung darstellt. Die



ökologischen Bedenken richteten sich in erster Linie gegen den enormen Schadstoffausstoß und die damit verbundene Luftverunreinigung (das Kraftwerk entwickelt dabei jährlich umgerechnet genau so viele Emissionen wie drei Millionen PKW) und gegen die Entnahme und Abgabe von Kühlwasser, die eine weitere Gefährdung von Fauna und Flora der Ems bedeutet. Dass das Kraftwerk auch ökonomisch zur Katastrophe werden kann, liegt nach Aussage einiger Redner ebenfalls auf der Hand. So habe der designierte neue Vorstandsvorsitzende der RWE, der Niederländer Peter Terium, bereits eingestanden, dass die Entscheidung für das Kraftwerk nach heutigem Kenntnisstand nicht gefallen wäre. Vor dem Hintergrund der Kohlepreisentwicklung und der Finanzkrise sowie den Folgekosten für Mensch und Natur drohe das Kraftwerk auch finanziell zu einem Fiasko zu werden. Mehrfach wurde RWE dazu aufgefordert, lieber noch umzukehren und gemeinsam mit allen Beteiligten nach konstruktiven Alternativen zu suchen. Der via Großbildschirm live zugeschaltete Ex-Astronaut und Hochschullehrer für Physik, Wubbo Ockels, bot hierzu seine Hilfe an.

Tacheles redete der für Borkum sprechende Peter Wegmann. Er betonte besonders die gemeinsamen Interessen der Niederländer und Deutschen auf beiden Seiten der Ems, die auch aus wirtschaftlichen Gründen in einer intakten Natur mit sauberem Wasser und sauberer Luft liegen, unserm einzig wahren Kapital. Am Schluss seiner Rede appellierte er an alle Verantwortlichen: „Wir werden die Ausbeutung des Ökosystems Wattenmeer nicht zulassen und zusammen mit euch diesen Lebensraum erhalten. Kein Kohlestaubkraftwerk in Eemshaven!“

Die überwiegend deutschsprachigen Demonstranten mussten sich große Mühe geben, der folgenden politischen Podiumsdiskussion zu folgen, zu der alle namhaften niederländischen Parteien eingeladen, aber nur diejenigen erschienen waren, die das Projekt von RWE ablehnen. Auch der Konzern selbst hatte es vorgezogen, der Veranstaltung fernzubleiben. Nach einer emotional geführten Kontroverse um die mehr als unglückliche Rolle des grünlinken Mitgliedes der Provinzregierung, Wiebe van der Ploeg, der maßgeblich an der neuerlichen Genehmigung für das Kraftwerk beteiligt war, obwohl sich seine Partei landesweit gegen Kohlekraftwerke ausspricht, fand man auf dem Podium zur gebotenen Sachlichkeit zurück. Es bestand Konsens darüber, dass das Kraftwerk zwar politisch kaum noch zu verhindern sei, dass es aber juristisch noch einige Optionen gebe.

Die politischen Vertreter zeigten sich zum Beispiel sehr verwundert darüber, dass eine so weit reichende Entscheidung wie die Genehmigung des Kraftwerks nur auf der Internetseite der Provinz eingestellt ist und nicht, wie normalerweise üblich, in den niederländischen und deutschen Zeitungen der betroffenen Regionen veröffentlicht wurde. Hier ist bereits ein erster formaljuristischer Fehler zu vermuten. Die größten Hoffnungen fußen jedoch darauf, dass der Raad van State sich von den geschaffenen Fakten nicht erpressen lässt und auch die neuerliche Genehmigung einzieht, weil sie sich in der Substanz nicht im erforderlichen Maße von ihrer Vorgängerin unterscheidet. Da die Hoffnung bekanntermaßen zuletzt stirbt, traten die Borkumer Demonstranten relativ guten Mutes die Heimreise an. Anlässlich der Nachbereitung auf der Fähre, zeigte sich der eine oder die andere dann doch enttäuscht über die fehlende Unterstützung von offizieller Seite aus Politik, Verwaltung und anderen Institutionen.

Foto: J.Akkermann

## Massentierhaltung

### **„Landesnetzwerk Niedersachsen Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ begrüßt Verfassungsklage gegen Massentieranlagen**

Das Landesnetzwerk Niedersachsen Bauernhöfe statt Agrarfabriken begrüßt die von Rechtsanwalt Dr. Christian Sailer am 20.07.2012 erhobene Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht, in dem die Forderung nach einem Verbot von Massentierställen gestellt wird, ganz ausdrücklich.

Die von Dr. Sailer im eigenen Namen angestrebte Klage zur Abschaffung der Massentierställe beruft sich auf den in Artikel 2 Grundgesetz verbrieften Schutz der Gesundheit und wird seit Jahren von Bürgerinitiativen in Niedersachsen

und allen anderen Bundesländern gegen den Bau von Agrarfabriken ins Feld geführt, erklärt Michael Hettwer, einer der Sprecher des Netzwerks.

Er fügt hinzu: „Es war ja nur noch eine Frage der Zeit, dass hier jemand die Initiative ergreift und per Verfassungsgericht die Politik zum umgehenden Handeln bringt. Wir können nur hoffen und wünschen, dass die obersten Richter in Karlsruhe die Verfassungsbeschwerde annehmen und zu einem Urteil kommen, das den Gesundheitsschutz der breiten Mehrheit der Bevölkerung Vorrang gibt vor den finanziellen Interessen einer kleinen Gruppe von Investoren“.

Hettwer weist zusätzlich auf weitere Artikel des Grundgesetzes hin. Die Wertverluste von Immobilien in der Nähe von Mastanlagen berühren eindeutig den Eigentumsschutz des Artikel 14. Und das der Umwelt- und Tierschutz (seit jetzt 10 Jahren Staatsziel) eben nicht – wie in Artikel 20a gefordert – geschützt sind, wenn Massentierhaltungsanlagen betrieben werden, liegt für ihn und seine vielen Mitstreiter klar auf der Hand.

Pressemitteilung des Landesnetzwerk Niedersachsen Bauernhöfe statt Agrarfabriken vom 21.07.2012

Internet: [massentierhaltung.net](http://massentierhaltung.net) / [www.buerger-massen.de](http://www.buerger-massen.de), Email: [landesnetzwerk-nds.bsa@gmx.de](mailto:landesnetzwerk-nds.bsa@gmx.de)

## Verfassungsschutz

### **Mehr als 100 NGOs wehren sich gegen geplante Verfassungsschutz-Klausel Steuergesetz 2013 soll im Herbst beschlossen werden / Gemeinnützige Organisationen kritisieren drohenden Machtzuwachs des Verfassungsschutzes**

Die Proteste gegen eine geplante Gesetzesänderung, die es dem Verfassungsschutz erlauben würde, faktisch über den Fortbestand gemeinnütziger Organisationen zu entscheiden, nehmen zu. Inzwischen haben mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen einen von Attac und ROBIN WOOD initiierten offenen Brief gegen dieses Vorhaben unterzeichnet.

Die Bundesregierung will im Rahmen der Beschlussfassung über das Steuergesetz 2013 auch die Abgabenordnung (§51, Abs.3) ändern. Das würde dazu führen, dass gemeinnützige Körperschaften, die in einem Verfassungsschutzbericht als „extremistisch“ bezeichnet werden, automatisch und ohne weitere Prüfung durch die Finanzämter ihre Gemeinnützigkeit und die damit verbundenen Steuervorteile verlören. Mit dem am 27. Juni versandten offenen Brief fordern die unterzeichnenden Organisationen die Bundestagsabgeordneten auf, diese Verfassungsschutz-Klausel ersatzlos aus der Abgabenordnung zu streichen.

„Es würde der Willkür Tür und Tor öffnen, wenn ein Inlandsgeheimdienst ohne Anhörung über die finanzielle Zukunft gemeinnütziger Organisationen entscheiden könnte“, sagte Daniel Häfner von ROBIN WOOD. „Die große Resonanz auf unseren offenen Brief zeigt, wie viele Organisationen, in denen Hunderttausende ehrenamtlich aktiv sind, dieses Vorhaben empört. Der Passus muss gestrichen werden – der Verfassungsschutz würde sonst zu Richter und Henker in einem.“

Jutta Sundermann vom Koordinierungskreis von Attac ergänzte: „Der aktuelle NSU-Skandal zeigt, dass der Verfassungsschutz – vorsichtig ausgedrückt – auf mindestens einem Auge blind ist. Eine solche Behörde über Wohl und Wehe von gemeinnützigen Organisationen entscheiden zu lassen, wäre ein Hohn. Die Parlamentarier sollten sich auch an die peinliche Diskussion beim Meldegesetz erinnern: Eine vermeintlich kleine Änderung in einem Gesetzespassus kann Bürgerrechte massiv beeinträchtigen.“ Jetzt sei es an den Fachleuten in den Bundestagsausschüssen, einen solchen Fehler nicht zu wiederholen.

Derzeit liegt es an den Finanzämtern zu prüfen, ob ein Extremismus-Vorwurf durch den Verfassungsschutz zum Entzug der Gemeinnützigkeit führt. Die Finanzämter übernehmen so praktisch eine Kontrollfunktion des Verfassungsschutzes und sind die einzige außergerichtliche Anhörungsinstanz für betroffene Organisationen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht dagegen keine Prüfung mehr vor; die Entscheidung läge faktisch allein beim Geheimdienst.

Noch bleibt Zeit, die - allen rechtsstaatlichen Prinzipien zuwider laufende - Aufgabenerweiterung des Verfassungsschutzes zu verhindern. Nach der ersten Lesung im Parlament wurde der Gesetzentwurf inzwischen an die Ausschüsse überwiesen. Federführend ist der Finanzausschuss, der sich am 26. September mit dem Thema befassen wird. Deren Mitglieder haben die täglich länger werdende Liste der protestierenden Organisationen zugesandt bekommen. Kritik und parlamentarische Anfragen kommen inzwischen nicht nur von Seiten der Opposition. Bislang unterzeichneten 109 zivilgesellschaftliche Organisationen den offenen Brief. (Liste der Unterzeichner als [pdf](#)) Die Organisationen stammen aus allen Bereichen, z.B. Umwelt, Bürgerrechte, Kultur und Bildung. Der hundertste Verein ist z.B. das Kulturbüro Sachsen e.V. ([www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)). Weitere Informationen und den offenen Brief finden Sie unter: <http://www.robinwood.de/wordpress/tag/verfassungsschutz/> und [www.attac.de/](http://www.attac.de/)

Gemeinsame Pressemitteilung von Attac Deutschland und ROBIN WOOD vom 31.07.2012. Robin Wood ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. Auch der BBU hat den offenen Brief unterschrieben.

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 7 / 2012**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.08.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.